Kommunal-wahlprogramm 2020 Rhein-Erft-Kreis

DIE LINKE.

Konsequenzen aus der Corona-Krise ziehen:

Soziale Sicherheit und Solidarität an erster Stelle!
Gesundheitswesen entkommerzialisieren und stärken!
Gute und sichere Arbeit schaffen!
Klimaschutz durchsetzen! – Strukturwandel umsetzen!

Inhaltsverzeichnis

Konsequenzen aus der Corona-Krise ziehen: 2
Soziale Politik für Familien und Kinder! 4
Bezahlbares Wohnen für alle! 6
Gute Bildung. – Eine Schule für alle! 7
Gute, gebührenfreie Kitas! 8
Inklusion voranbringen! 9
Migration und eine humanitäre Geflüchtetenpolitik! 9
Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst erhalten und ausbauen! – Rekommunalisierung! 10
Mobilität für Alle! Der ÖPNV der Zukunft- klimafreundlich, barrierefrei und fahrscheinlos! 11
Strukturwandel 12
Die Position der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Rhein-Erft zum Kohleausstieg: 14
Frauen in Politik und Kommunalverwaltungen fördern! 15
Vereint gegen rechten Hass, Gewalt und Rassismus und Antisemitismus! 15
Frieden fördern! 17
„Rechte von queeren (LGBTIQA+) Menschen stärken!“ 18
Prävention gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen stärken! 18
Gesundheits- und Ärzteversorgung verbessern! 19
Pflegenotstand beenden! 20
Mehr Demokratie – Bürgerbeteiligung – Transparenz vor Ort! 21
Um-Steuern! – Im Interesse der Kommunen! 22

Konsequenzen aus der Corona-Krise ziehen:

Soziale Sicherheit und Solidarität an erster Stelle!

Gesundheitswesen entkommerzialisieren und stärken!

Gute und sichere Arbeit schaffen!

Klimaschutz durchsetzen! – Strukturwandel umsetzen!

Die Corona-Krise: Eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft!

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, was gesellschaftlich wirklich wichtig und systemrelevant ist: Es sind die Menschen, die im Gesundheitswesen und der Pflege arbeiten, die in den Gesundheitsämtern und Krisenstäben einen guten Job gemacht haben, die im Handel und der Logistik tätig sind oder in sozialen Einrichtungen, Kitas usw. arbeiten. Ihnen ist zu danken. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass in vielen dieser Berufe trotz guter Ausbildung und hohen Anforderungen schlechtere Gehälter gezahlt werden.

Es hat sich auch gezeigt: Wie in jeder Krise sind die wirtschaftlich Schwächeren in besonderer Weise betroffen. Sie haben weniger finanzielle Rücklagen, um Zeiten der Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit abzufedern. Der zeitweilige Ausfall der Tafeln hat die Hartz-IV-Berechtigten und die Senior*innen mit geringen Renten getroffen. Der Unterrichtsausfall an den Schulen hat die Bildungsungerechtigkeiten verschärft. Es wurde erwartet, dass die Schüler*innen Tablets oder Computer zu Hause haben, um online am Unterricht teilnehmen zu können. Dabei verweigerten es die Jobcenter, diese notwendigen Lernmittel zu zahlen. Sie mussten erst vor den Sozialgerichten erstritten werden.

DIE LINKE steht an der Seite an der Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentner*innen. Wir fordern einen sozialen Schutzschirm, der alle behütet:

- ein Kurzarbeitergeld von 90 Prozent,
- einen Corona-Zuschlag von 200 Euro im Monat auf die Sozialleistungen,
- ein Corona-Überbrückungsgeld für Kleinstunternehmen, Kunstschaffende und Solo-Selbständige und Minijobbende,
- ein Mietmoratorium und Kündigungsschutz,
- Kredite und Hilfen für Selbständige.

Es ist deutlich geworden: Das Öffentliche muss gestärkt, das Gesundheitswesen und der Pflegebereich dürfen nicht dem Profitinteresse unterworfen werden und müssen entkommerzialisiert werden. Wenn wir ökonomisch aus der Krise rauskommen wollen, müssen wir auch die Kommunen stärken; insbesondere mit einer besseren und nachhaltigeren Finanzausstattung. Die Kommunen sind schließlich die wichtigsten lokalen Investitionsträger: Straßen, Brücken, Bildung, Kultur, Nahverkehr, sozialer Wohnungsbau- die soziale Daseinsvorsorge muss gestärkt werden, damit das Leben in unseren Städten auch nach Corona lebenswert bleibt.

DIE LINKE. Rhein-Erft tritt daher mit folgenden Zielen und Schwerpunkten in den Kommunalwahlkampf ein:

Rhein-Erft-Kreis: sozial und ökologisch!

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit – das sind für uns, DIE LINKE, die aktuellen zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen. Sowohl global – als auch lokal. Deshalb stehen diese Zielsetzungen auch im Zentrum unseres Wahlprogramms für die diesjährigen Kommunalwahlen.

Der Rhein-Erft-Kreis ist durch die Braunkohle geprägt, durch den Tagebau Hambach und die Türme der Kraftwerke. Braunkohleverstromung ist jedoch extrem umwelt- und vor allem klimaschädlich. Die Verbrennung der Braunkohle erzeugt mehr Kohlendioxid (CO_2) als jeder andere Energieträger. Deshalb hat sich DIE LINKE. Rhein-Erft schon von Anfang an für den **Kohleausstieg** eingesetzt – auf Tagungen und mit Aktionen. Wir begrüßen es, dass endlich mit dem Kohleausstieg begonnen werden soll. Der Rhein-Erft-Kreis und das gesamte Rheinische Revier stehen damit vor dem größten geplanten Strukturwandel ihrer Geschichte.

Nach wissenschaftlicher Erkenntnis muss der Kohleausstieg jedoch wesentlich schneller vollzogen werden, als es die Planung der Bundesregierung vorsieht. Er muss deutlich vor 2038 abgeschlossen werden, wenn wir den Klimawandel stoppen wollen und das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens erreichen wollen. Aber hier versagt die Bundesregierung aus CDU und SPD: Das notwendige Gesetz zum Kohleausstieg wird erst Mitte dieses Jahres (2020) beschlossen werden. Damit verzögern sich auch notwendige Investitionen in Zukunftsprojekte und zukunftsfähige gute Arbeit in der Region. Das gefährdet zugleich die für einen erfolgreichen Strukturwandelprozess erforderliche breite Zustimmung in der Bevölkerung.

Wir wissen: **Je schneller und effektiver der Einstieg in den Strukturwandel gelingt, umso früher wird der Ausstieg aus der Kohle abgeschlossen werden** und das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen.

Der anstehende Strukturwandel ist nicht nur Herausforderung. Er bietet zugleich Chancen für **soziale Politik**. Hier muss sich auch im Rhein-Erft-Kreis viel tun.

Als LINKE akzeptieren wir es nicht, dass nach offiziellen Angaben jedes sechste Kind im Kreis in Armut aufwachsen muss; in Kerpen sind es 20,1 %, in Wesseling 21,5 % und in Bergheim sogar 25,6 % der Kinder. Wir finden uns nicht damit ab, dass immer noch fast 35.000 Menschen im Kreis von den viel zu geringen Hartz-IV-Sätzen leben müssen, dass die Zahl der Rentner*innen, die Grundsicherung beziehen, von 2014 bis 2018 um 14 % gestiegen ist, dass jede*r fünfte Arbeitnehmer*in im Niedriglohnsektor arbeiten muss, dass mehrere tausend Menschen im Kreis trotz Arbeit aufstocken müssen, dass es viel zu wenig bezahlbare Wohnungen gibt, dass man ohne eigenen PKW kaum mobil sein kann, dass die Krankenhaus- und Hebammenversorgung immer schlechter wird.

Ein „Weiter so“ in Rhein-Erft darf es nicht geben.

Wir – DIE LINKE – wollen **eine solidarische Gesellschaft**. Wir wollen einen sozialen und ökologischen Kreis und Städte, in denen

- die Menschen unter guten Bedingungen leben,
- die Menschen gut bezahlte und zukunftssichere Arbeit haben,
- die Menschen bezahlbare Wohnungen finden,
- die Menschen ökologische, gut ausgebaute und perspektivisch fahrscheinfreie öffentliche Verkehrsmittel nutzen können,
- den Menschen personell und sachlich gut ausgestattete Schulen und Kindergärten für alle zur Verfügung stehen,
- die Kinder die beste Förderung und chancengleiche Bildung erfahren,
- den Menschen gute medizinische Versorgung zur Verfügung steht,
- den Menschen vielfältige Kultur-, Sport- und Freizeitgestaltung für alle angeboten wird,
- niemand – weder wegen Geschlecht, Hautfarbe, Sprache, Kultur, Religion, Alter, Behinderung, sexueller Orientierung oder aus anderen Gründen – ausgegrenzt und an den Rand gedrängt wird,
- die Bürger*innen an den Entscheidungen der Verwaltungen effektiver beteiligt werden.

Soziale Politik für Familien und Kinder!

Linke Politik heißt, dass der Mensch im Mittelpunkt stehen muss. Es geht uns um gute Lebensbedingungen für alle und eine sichere Zukunft. Und Zukunft betrifft vor allem die Kinder und jungen Menschen. Deshalb ist es ein Skandal, dass nach offizieller Statistik 16,5% der Kinder im Rhein-Erft-Kreis Sozialleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts beziehen. **Kinderarmut ist immer Familienarmut.** Auch das weist die Statistik aus: So leben z.B. in Bergheim-Zieverich 30,4 % der Bevölkerung von Hartz IV, in Bergheim-Ahe sind es 27,8 % und in Frechen-Innenstadt-Süd 21,2 %. Die Mehrheit im Kreistag – die

Jamaica-Koalition aus CDU, Grünen und FDP – nimmt dies schweigend und taten-los zur Kenntnis. Wir – DIE LINKE – wollen das ändern.

Die Zusammensetzung von Familien hat sich auch im Rhein-Erft-Kreis inzwischen vielfach verändert. Neben der traditionellen Familie leben Kinder und Jugendliche in „Patchwork"-Familien, in Lebenspartnerschaften oder mit einem Elternteil. Der Anteil von Alleinerziehenden ist stark gestiegen; im ganzen Rhein-Erft-Kreis sind es 26,2 %. Viele Kinder leben in Familien mit Migrations-hintergrund.

Wir sehen in dieser vielfältigen und unterschiedlichen Form von Familien eine Bereicherung für das Zusammenleben in den Kommunen und eine gute Perspektive für die soziale und kulturelle Entwicklung von jungen Menschen. Kinder und Jugendliche sind als sich entwickelnde eigenständige schutzwürdige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten zu akzeptieren. Sie benötigen in allen Lebenssituationen Zukunftsperspektiven und gesicherte Angebote an qualifizierter Kinderbetreuung, Schule, kultureller Bildung, Freizeit- und Sportmöglichkeiten. Dafür machen wir uns stark.

Hartz IV ist und bleibt Armut per Gesetz!

Auch über 15 Jahre nach den Sozialabbaugesetzen der Agenda 2010 durch die damalige rot-grüne Bundesregierung (Schröder und Fischer mit Unterstützung von CDU und FDP) leben im Rhein-Erft-Kreis immer noch fast 35.000 Menschen in 16.216 sog. Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften. Langzeitarbeitslosigkeit wurde nicht beseitigt, sondern im Gegenteil verfestigt. Auch im Rhein-Erft-Kreis. Wir – DIE LINKE. Rhein-Erft – wollen das ändern und die unsozialen Folgen von Hartz IV im Rhein-Erft-Kreis bekämpfen. Deshalb haben wir nicht nur unsere Sozialberatung zur Information, Unterstützung und Hilfe von Hartz-IV-Berechtigten und anderen Sozialleistungsempfänger*innen verstärkt. Wir haben die viel zu niedrigen Mietsätze für die **Kosten der Unterkunft** (KdU) als rechtswidrig kritisiert, worin uns das Sozialgericht letztlich recht gegeben hat. Wir haben uns vor allem für die **Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit** eingesetzt und im Kreistag die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors beantragt. Unser Antrag scheiterte jedoch an den Hartz-IV-Parteien CDU, Grünen, FDP und SPD. Ihnen ist eine wirksame Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit offensichtlich gleichgültig.

DIE LINKE. Rhein-Erft setzt sich ein für:

- •Die Schaffung eines **öffentlich geförderten Beschäftigungssektors** für Langzeitarbeitslose mit tariflich abgesicherten und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen, der vom Rhein-Erft-Kreis mit 1,5 Millionen Euro unterstützt wird.
- Die Erhöhung der Obergrenzen der **Kosten der Unterkunft** (KdU), da die Mietobergrenzen nicht ausreichen, um eine angemessene Wohnung zu finden.
- Die **Abschaffung der Sanktionen** (Kürzung von Leistungen unter das Existenzminimum).

- Einen regionalen **Sozialpass**, der auch in Köln und den Nachbarkreisen gilt und umfassende Vergünstigungen für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen gewährt.
- Die Finanzielle Unterstützung von **Beratungsstellen und Selbsthilfe-Initiativen** von Arbeitslosen.
- Die Aussetzung der Vermögensprüfung bei Hartz IV bis mindestens Ende 2020

Drucksache 359/2018 **Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE. im Rhein-Erft-Kreis**-
„Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor für Langzeitarbeitslose im Rhein-Erft-Kreis“

1. Der Rhein-Erft-Kreis unterstützt aktiv den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors für Langzeitarbeitslose im Rhein-Erft-Kreis. Dabei sollen vorrangig Arbeitsplätze im kommunalen Bereich, also beim Kreis, den Städten, Stadtwerken sowie bei Trägern im gemeinnützigen, sozialen und ökologischen Bereich geschaffen und angeboten werden. Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept für einen solchen Beschäftigungssektor zu erarbeiten.

2. In Ergänzung der im so genannten „Teilhabechancengesetz“ der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen soll der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor für Langzeitarbeitslose im Rhein-Erft-Kreis dabei folgende Ziele verfolgen bzw. folgende Kriterien beachten:

    a. Es werden unbefristete und uneingeschränkt sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in kommunalen, gemeinnützigen und gesellschaftlich nutzbringenden Bereichen angeboten und gefördert.

    b. Es gilt das Prinzip der strikten Freiwilligkeit; d.h. die Langzeitarbeitslosen können sich auf geförderte Arbeitsangebote bewerben. Eine Zuweisung zu Arbeitsangeboten und eine Sanktionierung (Kürzung von Leistungen) lehnt der Rhein-Erft-Kreis ab.

    c. Die Vergütung soll tariflich sein und mindestens 12 EUR/Stunde betragen bei einer regelmäßigen Arbeitszeit von 30 Stunden/Woche.

    d. Qualifizierungsmaßnahmen sind Teil der Beschäftigung. Ebenso erfolgt Unterstützung und Training für Bewerbung auf andere Stellen.

3. Der Rhein-Erft-Kreis unterstützt die den vorgenannten Kriterien entsprechenden Beschäftigungsmaßnahmen mit 1,5 Mio. EUR jährlich. Die Mittel werden im Haushalt bereitgestellt. Die Verwaltung wird sich um Akquise ergänzender Fördermittel bemühen.

Bezahlbares Wohnen für alle!

DIE LINKE. Rhein-Erft kämpft für die **Einhaltung des Menschenrechts auf Wohnen**! Dieses Menschenrecht ist sowohl in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ als auch im Sozialpakt der Vereinten Nationen fest verankert. Das sind keine unverbindlichen Absichtserklärungen, sondern Garantien, die kein Staat gefährden darf.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden allerdings wesentliche Grundlagen einer sozialen kommunalen Wohnungspolitik beseitigt. Die Wohnungsgemeinnützigkeit wurde abgeschafft, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erleichtert und öffentliche Wohnungsbestände privatisiert wurden. Kurz: Die Wohnraumversorgung wurde immer mehr

dem Markt überlassen und damit auch im Rhein-Erft-Kreis immer mehr zum Spekulationsobjekt.

Die Wohnungssituation im Rhein-Erft-Kreis steht zudem unter dem Druck des überteuerten und nicht ausreichenden Wohnungsmarkts in Köln. Immer mehr Menschen, insbesondere Geringverdiener*innen droht deshalb die Verdrängung, weil sie keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden. Die Wohnungslosigkeit steigt. Zuziehen kann fast nur noch, wer genug Geld für ein eigenes Grundstück oder überteuerte Mieten hat.

DIE LINKE Rhein-Erft fordert:

- Die Gründung einer **kreisweiten kommunalen Wohnungsbaugesellschaft** zur Schaffung ausreichend bezahlbarer und öffentlich geförderter Mietwohnungen,
- die Entprivatisierung des Wohnungsmarktes durch Ankauf von Bestandswohnungen durch Wohnungsbaugesellschaften.
- **die Vergabe von kommunalen Grundstücken nur in Erbpacht**. Kein Verkauf,
- die Förderung von nicht am Profit orientierten Bauträger*innen wie Gemeinschafts-wohnprojekten oder kleinen Genossenschaften, die auf Dauer preiswerte Mietwohnungen schaffen.
- die Schaffung von kommunalen **Mieterräten**, die bei Entscheidungen über kommunale Wohnungen beteiligt werden.
- die Einrichtung einer **kommunalen Wohnungs- Vermittlungs-Börse** zwecks Wohnungstauschs (z.B. zwischen Senior*innen und jungen Familien) oder zum Teilen von Wohnungen (z.B. für Wohngemeinschaften).

Gute Bildung. – Eine Schule für alle!

Die Kommunalpolitik der Linken vertritt ein Schulkonzept, das sich **an den Interessen der Kinder und ihrer Eltern orientiert**. Wir fordern eine Schulpolitik,

- die inklusiv, wohnortnah, qualitativ gut ausgestattet, ganztägig und kostenfrei, mit individueller Förderung, Muttersprachen unterstützend und multiprofessionell (z.B. Schulsozialarbeit einschließend) sein,
- die für alle Eltern, die es wünschen, müssen in hoher Zahl und qualifiziert betreute Ganztagsplätze in Grundschulen zur Verfügung stehen.

Im Rhein-Erft-Kreis bestehen viel **zu wenige Plätze an Gesamtschulen**. Es ist ein sozialer Skandal, dass Eltern bzw. deren Kinder in großer Zahl abgewiesen werden. An Gesamtschulen erhalten gerade solche Schüler/innen die Chance auf einen qualifizierten Schulabschluss, die aufgrund der Grundschulbeurteilung keine Gymnasialempfehlung erhalten haben. Daher setzt sich DIE LINKE für **weitere Gesamtschulen im Rhein-Erft-Kreis** sowie für Eltern-befragungen ein, nach denen sich die kommunale/Kreis-Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss.

Schulpolitisch fordern wir:

- **Die Schaffung von kleineren Klassen**,
- die bessere Ausstattung der Schulen mit Raum und Personal,
- die Ausweitung und **Rekommunalisierung des Ganztags**, die Ganztagsbetreuung ist auszuweiten und in kommunaler Hand zu organisieren und darf nicht in der Hand externer Dienstleister*innen liegen,
- **das Angebot von gebührenfreies Mittagessen** und die Rekommunalisierung der Schul-Verpflegung, Essen in den Schulen darf nicht am Einkommen hängen: Schüler*innen müssen zuzahlungsfrei Essen in der Mittagspause bekommen. Diese Versorgung soll vor Ort und in Eigenregie geschehen. Die Essensversorgung an externe Großküchen auszulagern und das Essen dann nur aufzuwärmen, lehnen wir ab. In den Schulkantinen soll es immer eine Option für Schüler*innen geben, die sich vegetarisch oder vegan ernähren,
- **eine Bereitstellung von mehr Mitteln für Digitalisierung**.
  Es ist untragbar, dass Schüler*innen mit jahrzehntealter Technik arbeiten müssen, die nichts mit der Realität im heutigen Alltag zu tun hat. Auch ein guter schulischer Internetanschluss und eine Schulung älterer Lehrkräfte im Umgang mit moderner Technik sind notwendig,
- einen Ausbau der **Bildungsprojekte für Demokratie** und Toleranz,
  DIE LINKE. setzt sich dafür ein, Schulen dabei zu unterstützen, demokratiefördernde Projekte durchzuführen. Auch Projekte gegen Diskriminierung sind dringend notwendig – Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Sozialchauvinismus und Homophobie dürfen keinen Platz an Schulen haben,
- **einen deutlichen Ausbau der Schulsozialarbeit,** viele Sozialarbeiter*innen leiden unter Überlastung und können nicht in dem Umfang Hilfe leisten, wie es eigentlich notwendig wäre. Hier sind mehr Stellen dringend notwendig. Auch die individuelle Förderung von Schüler*innen muss weiterentwickelt werden. Projekte, bei denen Lehrer*innen oder Schüler*innen andere Schüler*innen in ihren Problemfächern unterstützen, müssen gefördert und ausgeweitet werden,
- **die Ablehnung von Jugendoffizieren** der Bundeswehr an Schulen.
  Wir wollen für den Frieden lernen. Militarisierung hat in der Schule nichts zu suchen.
- **die Schülervertretungen stärker in kommunale Politik einbeziehen**.
  Demokratie muss schon in jungem Alter gelernt werden: Daher wollen wir die Rolle der Schüler*innenvertretungen stärken, indem die kommunalen Instanzen in einen verstärkten Dialog mit ihnen treten.

Gute, gebührenfreie Kitas!

Trotz des Rechtsanspruchs sind **gute Ganztagsangebote in Kindertagesstätten** nach wie vor Mangelware. Der Ausbau stockt, Eltern sind unzufrieden. Über den quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung ist außerdem die Qualität in Vergessenheit geraten. Es fehlen

Erzieher*innen sowie entsprechende Weiterbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten und eine angemessene Vergütung der Tätigkeit.

Deshalb setzt sich DIE LINKE. Rhein-Erft ein für:

- **die Schaffung von KiTa-Plätzen für alle Kinder, deren Eltern das wünschen**, von Anfang an. Kein Kind darf abgewiesen werden,
- ein inklusives, bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ganztagesbetreuungsangebot,
- **die Schaffung von Gebührenfreiheit** einschließlich einer kostenlosen und hochwertigen Essensversorgung.

Inklusion voranbringen!

Nur eine inklusive Gesellschaft ist eine **humane Gesellschaft**. Inklusion setzt ein Denken voraus, dass niemand – sei es wegen Behinderung, Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Identität, Weltanschauung, Alter oder sozialer Herkunft – ausgegrenzt wird. Sie erfordert ein Verständnis, das gesellschaftliche Beteiligung und Teilhabe ermöglichen will.

Das erfordert für Menschen mit Behinderung:

- **die Schaffung von barrierefreien Zugängen zu allen öffentlichen Einrichtungen**. - Dazu gehören auch private Angebote, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen,
- **die Schaffung von barrierefreier Mobilität**, insbesondere an Bahnhöfen, Haltestellen, in Bussen und Bahnen.
- Die Schaffung eines kreisweiten, öffentlich getragenen Dienstes zum Transport von Menschen mit Behinderung (Merkzeichen aG.) und zur Begleitung bei deren Fahrten,
- die ausreichende finanzielle, sachliche und personelle **Ausstattung der Schulen für Inklusion** (z.B. mit Räumen, Schulbegleiter*innen und Integrationshelfer*innen),
- die gezielte **Förderung der regulären Arbeitsaufnahme** statt Abschiebung in Werkstätten für Behinderte oder Hartz IV,
- **die Förderung der Selbsthilfegruppen** von Menschen mit Handicap.

Migration und eine humanitäre Geflüchtetenpolitik!

Im Rhein-Erft-Kreis leben rund 24 %, d.h. 111.000 Menschen mit Migrationshintergrund aus über 100 verschiedenen Herkunftsländern. Die Vielfalt, die eine multikulturelle Gesellschaft mit sich bringt, betrachten wir als Bereicherung für das Leben in unserem Kreis. Die LINKE setzt sich deshalb für politische Beteiligung dieser Mitbürger*innen ein.

Die LINKE setzt sich für die Förderung sprachlicher Kompetenzen von Einwanderer*innen ein. Deshalb fordern wir unentgeltliche Sprachkurse und Unterstützung im Unterricht in Volkshochschulen, Schulen und Kindergarten.

Die LINKE steht für eine **humanitäre Geflüchtetenpolitik**. Menschen aus Kriegs-, Krisen- oder Katastrophengebieten sowie Asylsuchende bedürfen unserer Solidarität.

Die LINKE im Rhein-Erft-Kreis fordert:

- **Die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für langjährig hier lebende Nicht-EU-Bürger*innen**,
- die dezentrale Organisation der Kreis-Ausländerbehörde in den einzelnen Rathäusern,
- die Errichtung eines Übersetzungsdiensts innerhalb der Kreisverwaltung für Menschen mit Migrationshintergrund,
- die Schaffung von kostenlosen Sprachkursen für alle Einwanderer*innen und finanzielle Unterstützung für muttersprachlichen Unterricht,
- die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden sowie Gewährleistung von medizinischer Versorgung (z.B. psychosoziale Beratung für traumatisierte Geflüchtete) und (Aus-)Bildung,
- **ein dauerhaftes Bleiberecht** für langjährig geduldete Geflüchtete und Asylsuchende.

Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst erhalten und ausbauen! – Rekommunalisierung!

Die Jamaica-Koalition im Kreistag – getragen von CDU, FDP und den Grünen – ist mit ihrer neoliberalen politischen Zielsetzung, die Personalkosten des Kreises jährlich um 2 % zu senken, gescheitert. Diese Zielsetzung hätte Personalabbau in der Kreisverwaltung bedeutet, was wir von Anfang an im Kreistag abgelehnt haben. DIE LINKE. Rhein-Erft will stattdessen eine **Stärkung des öffentlichen Dienstes**. Wir brauchen handlungsfähige Kommunen, die einer effektiven, kostengünstigen und sozial orientierten öffentlichen Daseinsvorsorge verpflichtet sind. Die verhängnisvolle Politik des „Privat vor Staat“ zielt dagegen darauf ab, menschliche Grundbedürfnisse wie Wohnen, Energie- und Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit, Mobilität u.a. dem Profitinteresse privater Unternehmen zu unterwerfen. Dies und die völlig unzureichende finanzielle Ausstattung haben in den vergangenen Jahren zur Verarmung und wirtschaftlichen Handlungsunfähigkeit von Städten und Kreisen geführt. **Privatisierung öffentlichen Eigentums bedeutet stets Verlust von politischem Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten** und damit zugleich Entdemokratisierung. Der soziale Auftrag bleibt zwangsläufig auf der Strecke. Deshalb lehnen wir auch Bauprojekte nach dem ÖPP-Modell (öffentlich-private Partnerschaften) ab. Bei derartigen Finanzierungsmodellen wird der Profit von privaten Investoren eingestrichen, die finanziellen Risiken werden aber auf die öffentliche Hand und den Steuerzahler verlagert.

Vor diesem Hintergrund hat DIE LINKE. Rhein-Erft die **Rekommunalisierung des ÖPNVs** begrüßt und aktiv unterstützt. Mit dem Ausbau der REVG (Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft) von einer reinen Verwaltungsgesellschaft zu einem operativ tätigen Verkehrsunternehmen, das zu 100 % im öffentlichen Eigentum des Kreises steht und über 240 Arbeitnehmer*innen tariflich vergütet beschäftigt, wurde ein richtiger Schritt gegangen.

DIE LINKE. Rhein-Erft ist für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört auch der Ausbau eines insbesondere kommunal getragenen, öffentlichen Beschäftigungssektors, um langzeitarbeitslosen Bürgern*innen eine Perspektive in unbefristeten und tariflich abgesicherten Arbeitsverhältnissen zu bieten.

DIE LINKE. Rhein-Erft setzt sich ein für:

- **Ein Ende der Privatisierung kommunaler Betriebe** und kommunal wahrgenommener Aufgaben,
- **die Rekommunalisierung** (Wiedereingliederung) ausgegliederter Betriebe und Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Mobilität für Alle! Der ÖPNV der Zukunft- klimafreundlich, barrierefrei und fahrscheinlos!

Für die Menschen im Rhein-Erft-Kreis stellt sich die Frage, wie sich Mobilität ohne Auto überhaupt realisieren lässt. Dies gilt insbesondere für Reisen von einem Ende des Kreisgebiets zu einem anderen. So ist eine Fahrt mit Bus und Bahn von Wesseling nach Bergheim, um in das Kreishaus zu kommen, eine halbe Weltreise und viel zu teuer.

DIE LINKE. Rhein-Erft setzt sich daher für den Ausbau des ÖPNVs ein, damit Mobilität für alle gewährleistet ist.

Unsere Ziele sind ein deutlicher Ausbau des ÖPNVs im Rhein-Erft-Kreis, eine weitere Verbesserung der Barrierefreiheit und perspektivisch die Errichtung eines fahrscheinlosen ÖPNVs.

Um dies im Interesse der Bürger*innen und Fahrgäste gestalten zu können, brauchen wir einen ÖPNV in öffentlicher Hand. Deshalb hat sich DIE LINKE im Kreistag auch für die Rekommunalisierung der Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft (REVG) eingesetzt und den Ausbau der REVG von einer Verwaltungsgesellschaft zu einem kreiseigenen Verkehrsunternehmen mit eigenem Fuhrpark unterstützt. Diese Rekommunalisierung hat sich auch für die Beschäftigten der REVG gelohnt: Sie erhalten jetzt deutlichere bessere Tarifvergütungen und Arbeitsbedingungen, wofür wir uns als LINKE besonders eingesetzt hatten.

Für die weitere Entwicklung des ÖPNVs im Kreis fordern wir:

- Eine **kreisweite Schnellbuslinie**, betrieben durch die REVG, die die Menschen schnell und effektiv mit den Stadtzentren im ganzen Kreisgebiet verbindet,
- die Busse sollen **nach und nach auf Wasserstoffbetrieb umgestellt** werden; die Projekte in Brühl und Hürth zeigen, dass dies möglich ist,
- den Ausbau der linksrheinischen Bahn-Strecke zwischen Köln und Bonn, sodass eine Verdichtung des Taktes und die Errichtung einer S-Bahn Linie möglich ist,
- den Ausbau und die Elektrifizierung der Eifelstrecke, sodass eine Verdichtung des Taktes und die Errichtung einer S-Bahn Linie möglich ist,
- den Ausbau der Bahn-Strecke zwischen Köln und Mönchengladbach, sodass eine Verdichtung des Taktes und die Errichtung einer S-Bahn Linie möglich ist,
- die Abbindung der RB38 zwischen Horrem und Köln zu stoppen,
- eine **Machbarkeitsstudie zu Reaktivierung bestehender ungenutzter Bahn-Strecken** im Kreisgebiet sowie eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung bestehender Strecken im Besitz von RWE nach Ende der Kohleverstromung,

- ein **kreisweit gültiges Sozialticket** für Geringverdiener*innen und Sozialleistungsbezieher*innen,
- perspektivisch einen **fahrscheinlosen ÖPNV** mit sozial gestaffelten Beiträgen,
- Barrierefreiheit im Nahverkehr, d.h. insbesondere aller Bahnhöfe, Straßenbahnhaltestellen und Bushaltestellen im Kreisgebiet bis spätestens 2022.

Gleichzeitig braucht es zudem flankierende Maßnahmen wie einen massiven Ausbau von Mobilstationen, Radstationen, Park-and-ride-Parkplätzen oder einen Ausbau von Carsharing, um effektiv Mobilität gewährleisten zu können.

Strukturwandel – Transformation der Energieindustrie - Sozial-ökologischer Umbau des Reviers!

Der Rhein-Erft-Kreis ist der bedeutendste „Energiekreis" Deutschlands. Gerade hier – und im gesamten Rheinischen Revier – werden die **Weichen für eine echte Energiewende** (oder auch nicht) gestellt. Inzwischen ist allen klar, was wir – DIE LINKE. Rhein-Erft – bereits im letzten Kommunalwahlprogramm in 2014 klar gesagt haben: Die Zukunft der Energiepolitik kann nicht auf Kohle, d.h. auf einem Energieträger beruhen, der in Zeiten der industriellen Revolution alternativlos war. Eine konsequente Energiewende muss den Weg für die erneuerbaren Energieträger freimachen.

Für diesen Strukturwandel müssen insbesondere die Kommunen und der Kreis ihren Beitrag leisten. Auf Kreisebene ist als Unterausschuss des Kreisausschusses zwar eine Strukturwandelkommission eingerichtet worden. Aber hier gibt es noch viel zu tun.

Wir fordern deshalb:

- **Die Schaffung ausreichender Planungskapazitäten**. Die Strukturwandelprozesse erfordern ausreichende personelle Ausstattung in allen betroffenen Kommunen,

- **die Demokratisierung des Strukturwandelprozeses**. Das heißt: umfassende Unterrichtung über und Beteiligung der Bürger*innen an Investitions- und Verwaltungsentscheidungen beim sozial-ökologischen Umbau der Region.

Insbesondere ist das **Potential zur Nutzung erneuerbarer Energien im Kreis** nicht ansatzweise ausgeschöpft. Das zeigt die nachstehende Grafik beispielhaft für die Nutzung der Solarenergie. Nur 3,5 % des Potentials für Solarenergie wurde Ende 2018 im Rhein-Erft-Kreis ausgeschöpft. Bis jetzt ist es nicht viel besser.

Potential und Ausbaustand der Solarenergie in den Kommunen des Rhein-Erft-Kreises von 2014—2018:

		Potential-studie 2018	Stand 2014		Stand 2015		Stand 2016		Stand 2017			Stand 2018	
	Modul-fläche in m² in Mio.	Leistung in MWp	Anzahl Anlagen	Ausg. Potential in %	Anzahl Anlagen	Ausg. Potential in %	Anzahl Anlagen	Ausg. Potential in %	Anzahl Anlagen	Ausg. Potential in %	Anzahl	Leistung in MWp	Ausg Potential in %
Rhein-Erft-Kreis	13,709.	2320	4430	2,7	4667	2,9	4924	3,1	5271	3,2	5640	80	3,5%
Bedburg	1,1	190	308	2,2	329	2,3	349	2,4	374	2,5	395	5	2,7
Bergheim	2,15	360	555	2,0	581	2,1	611	2,2	673	2,4	708	9	2,5
Brühl	0,839	140	243	1,9	258	2,0	271	2,1	292	2,3	325	4	2,7
Elsdorf	0,818.	140	291	2,9	310	3,0	330	3,2	361	3,4	384	5	3,6
Erftstadt	1,314	220	937	5,3	959	5,3	988	5,5	1040	5,7	1109	13	6,0
Frechen	1,862.	320	303	2,0	329	2,2	353	2,2	377	2,3	397	6	2,3
Hürth	1,12	190	343	2,8	365	3,2	393	3,4	424	3,6	447	7	3,6
Kerpen	1,86	310	650	5,0	693	4,2	732	4,3	766	4,4	828	15	4,7
Pulheim	1,87	320	534	1,9	564	2,0	603	2,9	661	3,0	722	11	3,4
Wesseling	0,763	130	266	2,5	279	2,8	294	2,9	304	3,0	327	3	3,4

Quelle: *Landtag NRW Drucksache 17/6988, S. 61-70, eigene Darstellung*

Bund, Land, Region und Kommunen und nicht zuletzt RWE müssen Geld in die Hand nehmen, um zukunftsfähige Arbeit zu schaffen. Für die Beschäftigten in der Braunkohleindustrie gibt es noch ausreichende Arbeit und soziale Absicherung durch Anpassungsgelder etc. Es geht um gute Arbeit für die nachwachsende Generation und für die Beschäftigten in den Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben (wie Industriereiniger*innen, Bauarbeiter*innen, etc.). In den Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben wird deutlich weniger verdient, gibt es schlechtere Sozialstandards und in den offiziellen Dokumenten und Verlautbarungen werden diese Beschäftigtengruppen häufig schlicht vergessen.

Für die Region stehen bis zum Jahr 2038 Bundesmittel von 14 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Verteilung bzw. Investition dieser Gelder muss durch ein demokratisch legitimertes Gremium erfolgen. Das kann im jetzigen Zustand nicht die „Zukunftsagentur Rheinisches Revier“ sein.

Darüber hinaus zeigen die jüngsten Skandale in der Agrarindustrie, dass es auch innerhalb der Landwirtschaft einen Strukturwandel braucht. Die Landwirtschaft muss ökologisch umgebaut werden und Tierschutz konsequent umgesetzt werden.

Unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Akteure (z.B. Gewerkschaften, Naturschutzverbände, zivilgesellschaftlicher Initiativen etc.) und der betroffenen Kommunen muss an einer nachhaltigen und ökologisch sinnvollen Umgestaltung gearbeitet werden.

Die Position der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Rhein-Erft zum Kohleausstieg:

Der Kohleausstieg ist machbar!

„Bereits vor mehr als zehn Jahren war es für jeden, der nicht politische Scheuklappen trug, absehbar, dass angesichts des wissenschaftlich erkannten globalen Klimawandels der Ausstieg aus der fossilen Ernergiegewinnung unvermeidbar und nur eine Frage der Zeit sein würde. Man hätte längst erste Maßnahmen des Strukturwandels ergreifen können und – vor allem - müssen. DIE LINKE hat das stets gefordert und sich dafür eingesetzt.

Wir sind der Umwelt- und Klimabewegung dankbar, dass sie das Thema auf die Agenda gesetzt hat. Wir sind stolz, dass in unserer Region – in Kerpen-Buir - am 06. Oktober (2018) die größte Demonstration für den Ausstieg aus der Braunkohle stattgefunden hat und dass der Hambacher Wald zu einem weltweit gekannten Symbol für den Erhalt der natürlichen Umwelt geworden ist.

Der zeitnahe Ausstieg aus der Braunkohle ist machbar. Wissenschaftliche Berechnungen und auch die Bundesnetzagentur sagen klar: Die Sicherheit der Stromversorgung wird durch einen sorgsam geplanten Ausstieg nicht gefährdet.

Auch das ist ja nicht erst seit gestern bekannt. Aber am gestrigen Mittwoch konnte man im Wirtschaftsteil der FAZ (vom 05.12.18) auf Seite 20 lesen:

„30.000 Solar-Haushalte ersetzen ein Kohlekraftwerk (...) Zusammengeschaltet sind sie die derzeit größte virtuelle Batterie mit einer Kapazität von 300 Megawattstunden (...) und in der Lage, alle Aufgaben von konventionellen Kohlekraftwerken zu übernehmen.“ Das hat ein mittelständisches Solar- und Batterieunternehmen entwickelt, - leider nicht aus unserer Region.

Und die Beschäftigtenstruktur in der Braunkohle und der zukünftige Beschäftigungsbedarf in der Braunkohleindustrie belegen eins: Kein Kumpel muss ins Bergfreie fallen. Wer Gegenteiliges behauptet, argumentiert nicht seriös und leugnet die Fakten.

Nach der Statistik der Kohlewirtschaft – also der Kohlelobby – waren bereits im Jahr 2013 zwei Drittel aller Beschäftigten im Braunkohlebergbau über 46 Jahre alt. D.h. in 15 Jahren – Anfang der 30er Jahre und dem voraussichtlichen Ende der Braunkohle - ist jeder von ihnen verdientermaßen in Rente. Ich sage „verdientermaßen“, weil den Kolleginnen und Kollegen im Bergbau natürlich Dank und Anerkennung für ihre Arbeits- und Lebensleistung gebührt. Es ist ja nicht ihr persönliches Verschulden, dass die Braunkohleverstromung klimaschädlich und daher nicht zukunftsfähig ist.

Die Verantwortung tragen Regierungspolitik und Energie-Konzerne, die träge und mangelhaft innovativ nicht rechtzeitig umgesteuert haben.“

Hans Decruppe, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, in seiner Haushalts-Rede im Kreistag Rhein-Erft am 06.12.2018

Um den **sozial-ökologischen Umbau der Region** und die Energiewende im Rhein-Erft-Kreis voranzubringen, fordert DIE LINKE. Rhein-Erft:

- **Ein Ende der Schlechterstellung und schlechteren Behandlung der Beschäftigten in Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben** (wie Industrie-reiniger*innen, Gerüstbauer*innen, Wartungsarbeiter*innen etc.),
- **die Stärkung der Stadtwerke**, die Stadtwerke sind als Erzeuger und öffentliche Netzbetreiber für regenerative Energie auszubauen. Dieser Ausbau ist zu verbinden mit der Schaffung von Beratungs- und Unterstützungskapazitäten (technisch, planerisch, finanziell, rechtlich etc.) für den Aufbau und die Entwicklung von lokalen Bürger*innen-Energie-Genossenschaften,
- **die Förderung des Handwerks**, hier könnten sowohl in den im öffentlichen Eigentum stehenden Stadtwerken als auch im lokalen Handwerk Arbeitsplätze geschaffen werden, um regional, umweltfreundlich und kostengünstig Energie zu erzeugen und zu vertreiben.
- **das Ende von klimaschädlichen Subventionen.** Es sollen im Strukturwandelprozess keine Unternehmen gefördert werden, die sich nicht zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit verpflichten,
- **die Förderung von grünem Wasserstoff** als Energieträger der Zukunft. Grüner Wasserstoff ist CO_2-Neutral gewonnener Wasserstoff, dieser soll als Treibstoff verstärkt eingesetzt werden.

Frauen in Politik und Kommunalverwaltungen fördern!

Frauen sind in der Kommunalpolitik und auch in verantwortlichen Positionen in den Verwaltungen unterrepräsentiert. Aktuell sitzen **im Kreistag des Rhein-Erft-Kreises** mit 76 Mandaten **nur 19 Frauen (25 %)**. Die Funktion des Landrats und alle vier Dezernentenposten im Kreis sind mit Männern besetzt. Das ist Ausdruck einer schlechten Frauenförderpolitik der Jamaica-Koalition von CDU, FDP und Grünen und muss sich ändern.

DIE LINKE. Rhein-Erft fordert:

- **Die gezielte Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik**, Reservelisten zur Kommunalwahl sind strikt zu quotieren,
- die Förderung von mehr **Frauen in Führungspositionen** in der Kreis- und den Kommunalverwaltungen.

Vereint gegen rechten Hass, Gewalt und Rassismus und Antisemitismus!

Bedrohungen, Hass, Gewalt von rechten Gruppierungen und Parteien gegen Andersdenkende vergiften in zunehmendem Maße das politische und gesellschaftliche Leben. Populistische und rechte Parolen und Propaganda richten sich offen oder unterschwellig gegen unsere pluralistische und demokratische Gesellschaftsform. Ein aggressiver Nationalismus wird als Lösung für alle sozialen und politischen Probleme angepriesen. Soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit entsteht jedoch nicht dadurch, dass Schutz- und Hilfsbedürftige staatliche

Unterstützung erhalten, sondern dass sich Wohlstand und Reichtum in unserem Land zunehmend in den Taschen einiger weniger sammelt, und daran will auch rechte Politik nichts ändern. **Rassismus und Nationalismus dienen in erster Linie dazu, gesellschaftliche Probleme zu verschleiern, um die bestehenden Besitzverhältnisse zu festigen**. Auf der einen Seite nimmt die Anhäufung von unglaublichem Reichtum immer weiter zu, auf der anderen Seite kommen viele Menschen trotz zunehmender Arbeitsbelastung und teils mehrerer Jobs kaum noch mit ihrem Einkommen über die Runden. Dies hängt unmittelbar miteinander zusammen und hat nichts mit der Herkunft oder der Religion der Menschen zu tun. Rechten Parteien und Bewegungen ist nichts daran gelegen, die wahren Ursachen von sozialen Missständen und Ausbeutung zu benennen und dauerhaft zu beseitigen, sondern daran die Unzufriedenheit der Menschen mit ihren Lebenssituationen vor allem für ihren eigenen Machterwerb auszunutzen. Die politische Agenda von Rechtspopulis*innen besteht in erster Linie darin, Vorurteile, Angst und Feindseligkeiten zu schüren, Menschen gegeneinander aufzuhetzen, die Gesellschaft zu spalten.

Solchen rechten Bestrebungen und rechtem Gedankengut stellt sich die LINKE konsequent entgegen. Die LINKE tritt ein gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder religiöser Zugehörigkeit.

Die LINKE betrachtet es daher als eine der wichtigsten Aufgaben der Politik auch auf kommunaler Ebene, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Dazu ruft **Die LINKE zu einem Bündnis aller demokratischen Kräfte und Parteien auf**, das sich an den Empfehlungen des „Berliner Konsens“ orientiert.

DIE LINKE. Rhein-Erft fordert:

- **Das in den Kommunalparlamenten darf keine politische Sach- und keine Personalentscheidung (Wahl) von den Stimmen rechtsextremistischer oder rechtspopulistischer Parteien anhängen**,
- die Anträge rechtsextremistischer oder rechtspopulistischer Parteien oder Politiker sind kategorisch abzulehnen,
- das Rassistische, menschenverachtende und herabwürdigende Äußerungen nicht unwidersprochen bleiben und unmittelbar zu verurteilen sind,
- das Verleumdungen, Beleidigungen und Bedrohungen konsequent angezeigt, juristisch verfolgt und bestraft werden,
- **das Projekte an Schulen, in Jugendorganisationen und Vereinen zur Demokratieförderung** und gegen Rassismus flächendeckend finanziell gefördert und inhaltlich unterstützt werden,
- **das Ursachen, Geschichte und Auswirkungen von Nationalsozialismus, Faschismus und Rassismus konsequent aufgearbeitet** werden und im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden,
- das auf Kreisebene eine **Beratungs- und Erfassungsstelle gegen Rechts-extremismus** und für die Opfer rechter Gewalt nach dem Vorbild der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) in Köln eingerichtet wird.

Frieden fördern!

Die ständigen Erhöhungen der Militärausgaben belasten nicht nur den Etat des Bundes, auch die Kassen von Kommunen und Gemeinden haben empfindlich darunter zu leiden. Und während für den Bau und den Unterhalt von Schulen, Kitas, Schwimmbädern und öffentlicher Infrastruktur nahezu kaum noch Mittel zur Verfügung stehen, **werden bei der Bundeswehr Milliardengelder verschwendet**. Daneben trägt das Militär durch seinen immensen Energie- und Materialverbrauch ganz erheblich zur fortschreitenden Klimaerwärmung bei.

Um ihren Bedarf an Soldaten und Personal zu decken, führt die Bundeswehr umfangreiche Werbekampagnen durch, die auch vor den Schulen und Bildungseinrichtungen in unseren Kommunen nicht Halt machen. Städtische Verwaltungen übermitteln bereitwillig die persönlichen Meldedaten aller Jugendlichen ihrer Gemeinden an das Bundesverteidigungsministerium und ermöglichen somit eine flächendeckende Erfassung und eine gezielte personenbezogene Werbung, in der das Militär verherrlicht und Kampfhandlungen als Abenteuer verharmlost werden.

Kriegseinsätze sind kein Computerspiel

DIE LINKE fordert, die Weitergabe von persönlichen Daten aus den Einwohnermelderegistern an das Bundesverteidigungsministerium einzustellen, bzw. die betreffenden Jugendlichen und deren Familien darüber zu informieren und über deren Widerspruchsrecht aufzuklären.

Eine **unmittelbare Folge von Krieg und Gewalt ist Flucht und Migration**. Dies hat auch Auswirkungen auf unsere Städte und Gemeinden. Menschen aus Kriegsgebieten verlieren ihre Heimat und suchen Schutz. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, Geflüchtete und ihre Familien in unseren Städten aufzunehmen und sie zu unterstützen.

Ein beständiges Ärgernis für viele Gemeinden im Rhein-Erft-Kreis stellt der in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene Fliegerhorst in Nörvenich dar. Die Starts und Landungen der Militärmaschinen sowie die ausgedehnten Flugmanöver führen vor allem in Kerpen, Erftstadt und Hürth zu teils unerträglichen Lärmbelastungen der Bürgen*innen. Die LINKE fordert deshalb eine deutliche Reduzierung der Flüge!

DIE LINKE begrüßt ausdrücklich, dass die Städte Brühl, Erftstadt, Hürth und Kerpen sich der weltweiten **Initiative „Bürgermeister für den Frieden - Mayors for Peace!“** angeschlossen haben. Die Initiative ruft ihre Mitgliedstädte auf, die Kampagne „2020 Vision" zu unterstützen, um sich für die weltweite Abschaffung der Atomwaffen einzusetzen. Die LINKE fordert die Räte der übrigen Städte des Rhein-Erft-Kreises auf, sich ebenfalls an dieser Initiative zu beteiligen. Der Kreistag des Rhein-Erft-Kreises hat bereits am 23.04.1986 (damals noch als Erftkreis) beschlossen, sich der Initiative der Städte Hiroshima und Nagasaki zur vollständigen Abschaffung der Atomwaffen anzuschließen und den Kreis zur „ABC-Waffen-freien Zone“ erklärt. „Der Kreistag begrüßt alle Anstrengungen [...], die darauf abzielen, dem Wettrüsten ein Ende zu bereiten“, heißt es in dem Beschluss.

https://www.rhein-erft-kreis.de/meldungen/artikel/landrat-michael-kreuzberg-zeigt-flagge-im-rahmen-der-hiroshimast%C3%A4dteinitiative-%E2%80%93

„Rechte von queeren (LGBTIQA+)[1] Menschen stärken!“

DIE LINKE. Rhein-Erft stellt sich solidarisch mit allen Menschen ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung und Identität. **Wir treten ein gegen menschenverachtende Hetze und Gewalt, die sich gegen homo- und transsexuelle Menschen richtet**. Auch wenn die öffentliche Wahrnehmung des queeren Spektrums im ländlichen Raum nicht so gegenwärtig ist, findet Ausgrenzung und Diskriminierung statt.

Deshalb fordern wir:

- Eine **öffentliche Beratungsstelle mit speziellem Fachpersonal**, die auf LGBTIQ+ spezifische Probleme sensibilisiert ist. Aktuell gibt es im gesamten Rhein-Erft-Kreis keine einzige Beratungsstelle für queere Menschen,
- **die Schaffung Freiräume für queere Jugendliche und queere Kultur** wie das Café Anyway in Köln,
- **die Sensibilisierung des Lehrerpersonals** an Schulen für queer spezifische Probleme wie Coming-out, Mobbing aufgrund der sexuellen Identität und Geschlechtsfindung. Zudem soll es aktive Bildungsveranstaltungen zu diesem Thema geben,
- das Hissen einer Regenbogenflagge im „Pride Month“ Juni an öffentlichen Plätzen um allen unseren queeren Mitbürger*innen Respekt zu zollen.

Prävention gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen stärken!

Der „Fall Lügde" mit 40 Opfern, zwölf Verdachtsfällen und acht Täter*innen hat schlaglichtartig eine durch Tabus verschleierte Dimension von sexueller Gewalt und Verbrechen – allgemein verharmlosend als "Kindesmissbrauch" bezeichnet – aufgezeigt. Der „Missbrauchsbeauftragte" der Bundesregierung weist darauf hin, dass sexuelle Gewalt am häufigsten innerhalb der engsten Familie stattfindet (ca. 25 %) sowie im sozialen Nahraum beziehungsweise im weiteren Familien- und Bekanntenkreis, zum Beispiel durch Nachbar*innen oder Personen aus Einrichtungen oder Vereinen, die die Kinder und Jugendlichen gut kennen (ca. 50 %). Sexuelle Gewalt durch Fremdtäter*innen ist eher die Ausnahme. Diese Verbrechen betreffen alle Regionen und Schichten und auch der Rhein-Erft-Kreis ist betroffen, wie mehrere Fälle und Gerichtsverfahren in den letzten Jahren belegen.

Daraus erwächst die **Notwendigkeit, mehr für Prävention gegen sexuellen Missbrauch und für Hilfe von betroffenen Kindern und deren Eltern zu tun**. Anfragen der LINKEN in den Räten und dem Polizeibeirat zum Thema „Vorsorge und Aufklärung zu Sexualverbrechen

[1] Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transsexuell, Intersexuell, Queer, Asexuell.

an Mädchen und Jungen“ haben aufgezeigt, dass weder die Jugendämter noch die Kreispolizei auf diesem Feld personell ausreichend aufgestellt sind.

Wir fordern deshalb:

- **Ausreichende personelle Ausstattung der Jugendämter und der** Kreispolizei mit speziell qualifiziertem Personal.
- Stärkere **finanzielle Unterstützung von Beratungs-, Informations- und Präventionsangeboten** zum Schutz gegen sexuellen Missbrauch.

Gesundheits- und Ärzteversorgung verbessern!

Gesundheit ist keine Ware. Sie darf nicht dem Profitstreben von Gesundheitskonzernen unterworfen werden. **Gesundheitsversorgung ist eine Aufgabe staatlicher und kommunaler Daseinsvorsorge**. Krankenhäuser und Gesundheitsversorgung gehören daher in öffentliche Hand. Überfüllte Arztpraxen und Abfertigung wie am Fließband sind leider auch im Rhein-Erft-Kreis Realität. Brillen, Zahnbehandlung, Zahnspangen und Medikamente kosten sehr viel Geld. Finanziell benachteiligte Menschen gehen nicht mehr zum Arzt oder zu Vorsorgeuntersuchungen, weil sie sich Krankheit nicht leisten können.

Immer mehr Krankenhäuser stehen vor einem finanziellen Kollaps. Etwa ein Drittel aller Krankenhäuser macht Verluste. Bis 1985 war es Krankenhäusern per Gesetz verboten, Gewinne zu machen. In den Jahren danach wurde dieses Verbot immer mehr aufgeweicht, bis es 2003 durch die Einführung der Fallpauschalen (DRG) völlig entfiel. **Entbindungsstationen und Notfallambulanzen dürfen aber nicht als ein Kostenfaktor betrachtet werden**. Sie zu unterhalten ist eine Verpflichtung aus dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Stattdessen soll es nach einer Bertelsmann-Studie aus Juli 2019 zu viele Krankenhäuser im Kreis geben. Gegen derartige Pläne ist Widerstand geboten.

Ein besonderer **Druck wird auf die Beschäftigten ausgeübt**. Es fehlt qualifiziertes Pflegepersonal, was zu Überlastung führt. Beschäftigte etwa der Cafeterien, der Labore, der Hygiene sowie Reinigungskräfte werden in Servicegesellschaften ausgegliedert. Dies geschieht oft zu untertariflichen Löhnen und schlechteren Bedingungen. Inzwischen werden sogar Pflegekräfte über Servicegesellschaften und Leiharbeitsbetriebe eingestellt.

DIE LINKE. Rhein-Erft fordert daher:

- **Die Absage an Schließungen von Krankenhäusern** im Kreis,
- die Absage an Schließungen von Entbindungsstationen und Notfallambulanzen,
- **die Einstellung von mehr Pflegepersonal** zu guten, tariflich abgesicherten Arbeitsbedingungen,
- **die Einstellung von mehr Personal im Gesundheitsamt zum Nachvollziehen von Infektionsketten.**

Beim Gesundheitsamt ist innerhalb der letzten Jahrzehnte immer mehr gespart worden. Gerade innerhalb der Corona-Krise wurde es offensichtlich, dass es eine bessere personelle

Ausstattung braucht. Sollte es gegen Sars-CoV-2 eine Schutzimpfung geben, so ist diese der ganzen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Ein **besonderer Missstand ist die Hebammenversorgung** im Rhein-Erft-Kreis. Der Grund hierfür ist die nicht ausreichende Vergütung und die nicht zahlbaren Haftpflicht-versicherungen für diese verantwortungsvolle Tätigkeit. Viele werdende Mütter finden deshalb im Kreis keine ortsnahe Betreuung und müssen sich nach Köln oder andere Orte wenden. Für benachteiligte Frauen, denen Informationen fehlen, sowie Frauen aus sozialbenachteiligten Schichten oder Migrantinnen mit mangelnden Deutschkenntnissen ist es besonders schwierig. Hier steht auch der Rhein-Erft-Kreis in der Verantwortung.

DIE LINKE Rhein-Erft fordert daher:

- Die Schaffung eines **kreisweiten Hebammenzentrums**.

Pflegenotstand beenden!

Nicht erst seit der Corona-Krise tritt die LINKE für eine Verbesserung in der ambulanten und stationären Pflege ein, sondern schon seit langem weisen wir in vielen Kampagnen und Informationsveranstaltungen auf die Missstände sowohl bei den Arbeitsbedingungen der Pfleger*innen als auch den häufig unwürdigen Verhältnissen, denen Pflegebedürftige in Krankenhäusern, Altenheimen und der heimischen Pflege ausgesetzt sind, hin.

Mit der zunehmenden Privatisierung des Pflegewesens wird ein menschliches Grundbedürfnis zum Geschäftsmodell gemacht. Der Arbeitsalltag von Pflegekräften ist gekennzeichnet von Arbeitsverdichtung und starren Zeitvorgaben. Aufgrund der Unterfinanzierung ist die Personalbemessung im stationären und ambulanten Pflegebereich viel zu niedrig. Nicht einmal der Mindestpflegebedarf, den der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) feststellt, wird gedeckt. Ambulante und stationäre Pflege findet oft im Akkord statt. Gespräche und soziale Bedürfnisse bleiben auf der Strecke. Unter diesen Bedingungen leiden nicht nur die Pflegekräfte, sondern auch die Pflegebedürftigen selbst. Dies kann auf Dauer nicht durchgehalten werden, und viele Fachkräfte verlassen nach einigen Jahren ihren Beruf oder werden selbst krank.

Für die LINKE ist es ein politisches Armutszeugnis, dass die Leistungen von Pflegekräften erst in der Corona-Krise Wertschätzung finden, und so ist die geplante Bonuszahlung von 500, 1000 oder vielleicht sogar 1500 Euro zwar zu begrüßen, jedoch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass es mit einer Einmalzahlung nicht getan ist. Pfleger*innen verdienen für ihre äußerst anstrengende und anspruchsvolle Arbeit eine dauerhafte Gehaltserhöhung von mindestens 500 Euro pro Monat.

Des Weiteren fordert DIE LINKE. Rhein-Erft zur Beseitigung des „Pflegenotstands“:

- den Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf,
- kommunale Pflegedienste und Sozialstationen aufzubauen,

- den Erhalt kommunaler Pflegeeinrichtungen und die Kommunalisierung privater Einrichtungen,
- die Zusammenarbeit von Pflegeeinrichtungen und Sozialstationen bei der Betreuung von Menschen mit Pflegebedarf,
- die Weiterentwicklung der kommunalen Pflegekonferenz dahingehend, dass alle Betroffenen und Beteiligten (Pflegekassen, MDK, Sozialämter, Staatsanwaltschaft, Heimaufsicht, Angehörigenvertreter, Einrichtungen, Servicestelle Hospizarbeit, Demenznetzwerk, Pflege und Wohnberatung, Ombudsleute) Wissen austauschen und gemeinsam Ziele festlegen,
- die Schaffung von stationären Pflegeeinrichtungen, für Jung und Alt, die wohnortnah, an den ÖPNV angebunden und gut erreichbar sind,
- den Ausbau der am Bedarf orientierten, ambulanten und stationären Palliativ-versorgung,
- die Rekommunalisierung bei Trägerwechsel eines Alten- und Pflegeheims,
- die Durchsetzung der kommunalen Trägerschaft bei Neubauten.

Mehr Demokratie – Bürgerbeteiligung – Transparenz vor Ort!

Die LINKE setzt sich für den Ausbau von Entscheidungsbefugnissen und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger*innen ein. Dies ist ohne **direkte Demokratie, Beteiligung und Transparenz** vor Ort undenkbar. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Kommunen der Bürger*innenhaushalt eingeführt wird. Die Möglichkeiten zur Durchführung von "Bürger*innenentscheiden" müssen verbessert werden. Wir wollen die Möglichkeiten, die **Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide** bieten, nutzen. Wir werden jeden kommunalen **„Klüngel“**, den wir entdecken, **öffentlich machen**.

Deshalb fordern wir:

- das alle durch den Kreistag oder Räte eingesetzten bzw. besetzten **Ausschüsse, Arbeitskreise** (z.B. AK Nahverkehr), **Konferenzen** (z.B. Gesundheitskonferenz) und **Aufsichtsräte** von Gesellschaften des Kreises (z.B. der REVG) wie kommunale **Gremien grundsätzlich öffentlich tagen**. Ihre Termine, Einladungen und Protokolle werden im Internet öffentlich bekannt gemacht,
- die **Sitzungen** von Kreistag und Räten werden – soweit öffentlich – **im Internet** im Livestream zu **übertragen**.

Die LINKE ist keine Stellvertreterpartei, sondern ein Angebot an alle, die sich wehren und ihre Lebensbedingungen gemeinschaftlich gestalten und solidarisch verbessern wollen. Deshalb verstehen wir Bürger*innenbeteiligung auch als Verpflichtung, außerparlamentarische Bewegungen aktiv zu unterstützen**. Selbsthilfegruppen und Initiativen von Bürger*innen für soziale und ökologische Forderungen, für friedenspolitische und antifaschistische Ziele und andere demokratische Anliegen müssen kommunal gefördert werden**. Wir – die LINKE – werden deren Anliegen in die Kommunalpolitik und Parlamente einbringen.

Um-Steuern! – Im Interesse der Kommunen!

Mehr Demokratie vor Ort ist jedoch nicht zum Nulltarif zu haben; sie erfordert auskömmliche Ausstattung der Kommunalhaushalte. Deshalb muss die Unterfinanzierung der Kommunen und der in vielen Bereichen grassierende Kürzungswahn beendet werden. Ohne Umverteilung und Steuererhöhungen für Vermögende und Reiche sowie ohne erhöhte Steueranteile für die Kommunen wird dies nicht zu haben sein.

Nach dem „Armuts- und Reichtumsbericht“ der Bundesregierung verfügen die reichsten zehn Prozent der Haushalte über 53 % des gesamten Nettovermögens. Deshalb fordern wir die Wiedererhebung der Vermögensteuer. Die Vermögensteuer in Form der Millionärsteuer, d.h. mit einem Steuersatz von 5 % ab 1 Million Euro Vermögen, wie sie die LINKE fordert, hätte für die städtischen Haushalte im Rhein-Erft-Kreis beachtliche Mehreinnahmen zur Folge, nämlich die stolze Summe von über 22 Millionen Euro.

Neben höheren Anteilen aus dem gesamtgesellschaftlichen Steueraufkommen müssen die Grund- und Gewerbesteuer grundlegend erneuert werden. Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindewirtschaftssteuer weiterentwickelt werden. Wir brauchen eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen. Das verfassungsrechtlich gebotene Konnexitätsprinzip ist zwingend einzuhalten; das heißt: Bund und Land dürfen den Städten und Kreisen nicht länger Aufgaben übertragen, ohne dass deren Finanzierung sichergestellt ist.

Konsequent für politische Veränderung!

Die LINKE steht für Opposition gegen herrschende Verhältnisse und für deren Veränderung. Die Hoffnung der etablierten Parteien, die LINKE ausgrenzen zu können, hat sich nicht nur nicht erfüllt. Die LINKE ist heute die maßgebliche Opposition im Bundestag. Auch in der Kommunalpolitik im Rhein-Erft-Kreis ist sie präsent und relevant. Sie ist Partei aller Bürger*innen und „Anwalt der kleinen Leute“.

Ihre Stimme für DIE LINKE. ist eine Stimme für soziale und ökologische Politik und für den Ausbau der Demokratie vor Ort.

Impressum

DIE LINKE. Rhein-Erft
Im Spürkergarten 38
50374 Erftstadt
Tel.: 02235/1703991
info@dielinke-rhein-erft.de
www.dielinke-rhein-erft.de
V.i.S.d.P. Stefan Söhngen,
Kreisgeschäftsführer

DIE LINKE. Rhein-Erft ist bei:
Facebook und Instagram